

# Offener Brief <sup>1</sup>

An den Abgeordneten des Deutschen Bundestages  
Herrn Klaus-Peter Willsch

von  
Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

19. 12. 2013

## HAUPTSTADTBRIEF Nr. 117

- a) Das Ausscheiden der FDP aus dem Parlament  
und das knappe Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde
- b) Die Verhinderung der Wahl von Frau Gesine Löttsch MdB  
zur Vorsitzende des Haushaltsausschuss

## **Text 116**

---

<sup>1</sup> Ich hätte diesen Brief ja auch gerne als persönlichen Brief auf den Weg gebracht. Aber erfahrungsgemäß hätte er dann maximal eine Eingangsbestätigung eines Mitarbeiters ausgelöst. Das ist nicht mal ein Vorwurf, sondern signalisiert ein Verständnis für die Art der Bewältigung des Posteingangs. Aber nur für den Papierkorb zu schreiben ist Kraftvergeudung.

Sehr geehrter Herr Willsch,

ich habe die beiden ersten Teiles Ihres Hauptstadtbriefes Nr. 117 gelesen. Ich gehe davon aus, dass Sie – wie die meisten Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Bundestag – bemüht sind, Ihr Mandat nach bestem Wissen und Gewissen auszufüllen. Trotzdem habe ich den Eindruck, dass Ihr Parteibewusstsein überproportional stärker ausgebildet ist als Ihr Problembewusstsein, das erforderlich wäre, um die schon lange anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen.

Ich kann mir gut vorstellen, dass auf Mitglieder der Parlamente – in diesem Fall des Bundestages – von allen Seiten eingeredet wird, dieses zu fördern und jenes zu verhindern. Ich will mich bei diesen Dränglern und Einflüsterern nicht einreihen, schon deshalb nicht, weil ich nicht auf ein Verständnis für mein Anliegen hoffe, das darin besteht, dass doch der Bundestag endlich einmal die Bedingungen einer freien und sozialen Gesellschaft erkundet, benennt und entsprechende Beschlüsse fasst. Denn auf Grund meiner Erfahrungen und Einschätzungen halte ich unsere politische Klasse für genauso ideologisch verbohrt wie die der untergegangenen SED-Herrschaft. Ich hoffe, dass ich meine Einschätzung demnächst noch in einem längeren Text ausführlich begründen kann. Die Hoffnung auf eine Wirkung ist aber gering. An dieser Stelle will ich nur an ein paar Fakten erinnern.

Alle linken und libertären Strömungen der Vergangenheit sind entstanden als Reaktionen auf Unzulänglichkeiten der Politik „bürgerlicher“, konservativen Parteien und der sie tragenden Interessenverbände. Und der Links- und Rechtsextremismus ist als Versuch eines Korrektivs zum Versagen der politischen Mitte zu deuten. Der Untergang der Weimarer Republik wurde nicht verursacht weil die menschenfeindliche Ideologie des Nationalsozialismus bei den Deutschen so attraktiv war, sondern weil die konservativen Parteien und auch die SPD – die später Opfer ihres eigenen Versagens wurde - die Republik wirtschaftlich an die Wand gefahren und die Menschen in Deutschland in ein hoffnungsloses Elend gestürzt haben.

Die Fehlleistungen der Konservativen waren bereits im 19. Jahrhundert so groß, dass damals schon nach einer Korrektur gesucht wurde. Ist es verwunderlich, wenn besonders junge Menschen davon angetan waren und zum Teil noch sind, dass Karl Marx aufgrund seiner Analysen ein Reich der Freiheit als Möglichkeit sah, dass er Kommunismus nannte? So weit ich weiß, ist die Vorstellung, die wir heute mit Walter Eucken Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW)

nennen, nicht dem Kopf von Marx entsprungen. Die ZVW wurde von Leuten entwickelt, die von der Kooperations- und Koordinationstechnik, Marktwirtschaft genannt, wenig verstanden, aber konkret die negativen Wirkungen des Kapitalismus – der schon immer ein der Marktwirtschaft überlagerndes Ausbeutungssystem war - erfahren hatten. Wo waren die freiheitlich ausgerichteten Wirtschaftswissenschaftler, die den zurecht aufbegehrenden Menschen einen marktwirtschaftlichen Weg ins Reich der Freiheit zeigten?

Der Kommunismus in der ehemals praktizierten Form des untergegangenen “real existierenden Sozialismus” ist von seiner inneren Logik hergesehen schon ein freiheitsfeindliches System, das seine Inhumanität in der Praxis nicht vermeiden kann. Dem Kommunismus voran geht aber der Kapitalismus, der nach jedem Zusammenbruch eine starke Entwicklungsphase hat, aber die Logik des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wenn nicht gar eines Krieges von Anfang an in sich trägt. Nun soll man doch einmal im Bundestag jeweils die Befürworter des Kommunismus und des Kapitalismus zählen, dann weiß man, welche Art der Menschenfeinde die Mehrheit hat.

Sie schreiben:

**> Denn aufgrund des Ausscheidens der FDP aus dem Parlament und dem knappen Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde war das erneute Bilden einer bürgerlichen Koalition leider nicht möglich. <**

Die FDP-Mitglieder und die Mandatsträger mit dem FDP-Parteibuch dürften sich in der Ausprägung ihres Charakters nicht wesentlich von den Mitgliedern anderer Parteien unterscheiden. (Ich habe sie immer als angenehme Zeitgenossen erlebt.) In der Ausprägung der Leitideen der Mitglieder verschiedener Parteien gibt es sicherlich Unterschiede. Mir ist aber noch kein Mandatsträger aufgefallen, der sich besonders verpflichtet fühlte, der Autonomie des Individuums Raum zu schaffen. Und mein Wort ist wohl nicht falsch, wenn ich sage, dass die Selektion der Abgeordneten durch die Parteien nur jene Bürger passieren lässt, die gewillt sind, mit Hilfe des Staates dem Volk den oft konfusen Willen der Parteien aufzuzwingen oder zu Gunsten ihrer Klientel anderen Bürgern in die Geldbörse zu greifen, die vermeintlich oder tatsächlich bis dahin vom Staat begünstigt wurden. Sie schreiben:

**> Leider greift die Staatsgläubigkeit auch in meiner Partei immer weiter um sich, was beim Fehlen eines liberalen Korrektivs zu den zu beobachtenden Ergebnissen führt. <**

Das ist doch eine Folge des Wirkens des Bundestages, der die Menschen von Legislaturperiode zu Legislaturperiode immer mehr in die Abhängigkeit vom Staat treibt. Die Mitglieder

des Bundestages sind da gelehrige Schüler der Reichstagsabgeordneten in der Weimarer Republik. Die nächste Diktatur wird aber nicht mit dem Hakenkreuz oder mit dem Hammer und der Sichel in der Fahne daher kommen, sondern ganz unauffällig mit einem technischen Gewand. Diesem Trend haben die Abgeordneten, die die FDP bisher ins Rennen um die Macht geschickt hat, nichts entgegenzusetzen gehabt. Zudem haben sie den Wählern ein Baum des Liberalismus präsentiert, dem schon die Wurzeln verfault sind und nicht den Baum des Liberalismus, der eine Zierde jeder Gesellschaft sein kann. Sie wurden daher zu Recht bei der letzten Wahl abgestraft, ohne dass damit bewiesen wäre, dass die anderen „erfolgreichen“ Parteien verdient haben, die Geschicke Deutschlands zu bestimmen.

Das die AfD als neue Opposition der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist und somit der CDU nicht als Partner zur Verfügung steht, ist in der Hauptsache ein Werk der CDU, denn ihr es zu verdanken, dass diese wettbewerbsfeindliche Klausel überhaupt besteht. Wobei die begründende Behauptung, die Weimarer Republik sei an der Vielzahl der Parteien zugrunde gegangen verlogen ist.

Die AfD ist nun aber nicht nur der Versuch, über die Gründung einer neuen Partei eine Kurskorrektur in der Währungspolitik herbei zu führen, sondern sie ist auch ein Symbol für die Verirrung der Wirtschaftswissenschaften in Bezug auf Währungsfragen, für die auch die „bürgerlichen“ Parteien-Vertreter letztendlich die Verantwortung tragen, weil sie Freiheit in der Forschung, die nicht ohne Wettbewerb auskommt, mehr verhindert als gefördert haben.

Auch sind die CDU und die FDP schon als Hauptaboteure der Sozialen Marktwirtschaft in Erscheinung getreten bevor diese ausformuliert wurde. Sie benutzen den Begriff Soziale Marktwirtschaft schon ziemlich früh als Worthülse zur Verschleierung ihres ökonomischen Versagens. Ihre Hauptakteure wollten schon immer den Kapitalismus und nicht die Marktwirtschaft. Dabei wäre die volle Entwicklung dieses Modells der beste Versuch gewesen, der Welt einen Ausgleich für die Untaten unter deutscher Flagge zu vermitteln.

Sie schreiben dann unter > **Gesine Löttsch** <

*> Es ist eine parlamentarische Gepflogenheit, dass ein Mitglied der stärksten Oppositionspartei den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages stellt. In der letzten Legislaturperiode hatte die SPD den Vorsitz inne; während der letzten Großen Koalition war der Posten an die FDP gefallen. Nun soll die Linkspartei den Vorsitz bekommen und hat Gesine Löttsch als Vorsitzende ausgemacht. Parlamentarische Gepflogenheiten*

***sind ein hohes Gut. Auch finde ich den Gedanken, der hinter der Vergabe dieses Postens an die stärkste Oppositionspartei steht, sehr gut. Aber dass mit Gesine Löttsch eine bekennende Kommunistin und Linksradikale in dieser Legislaturperiode den wichtigsten Ausschuss leiten soll, muss verhindert werden. Frau Löttsch ist als Vorsitzende des Haushaltsausschusses denkbar ungeeignet. <***

Ob eine Person für den Vorsitz eines Ausschusses geeignet ist, hängt doch wohl wesentlich davon ab, ob sie 1. die Erörterungen gut moderieren und dafür sorgen kann, dass die erforderlichen Informationen zur Verfügung stehen und anschließend die Beschlüsse genau protokolliert werden. Die jeweilige politische Ausrichtung der Vorsitzende oder des Vorsitzenden hat sicher einen Einfluss auf die Art der Ausübung dieses Amtes, aber doch nicht in der Weise, dass dadurch die Entscheidungen der anderen Mitglieder dominiert werden können. Die Gefahr, dass ein Mitglied der Regierungsfraktion sich in der Funktion als Ausschussvorsitzender nur als Vollstrecker der Regierung bemüht, ist viel größer, als wenn eine Vorsitzende politische Zielvorstellungen hat, die die Mehrheit nicht mitträgt.

Ihre Bemühungen Frau Löttsch – deren politischen Hintergrund ich nicht über Ihre Angaben hinausgehend kenne – vom Vorsitz fern zu halten, ist sachlich nicht begründet, sondern politisch motiviert. Und da Sie hier als MdB agieren und nicht als Wahlkämpfer ist das als übel zu bewerten. Die Idee des Parlamentes als demokratische gesetzgebende Institution ist doch die, dass alle Bürger dort ihre Anliegen und Ideen vertreten können. Also auch jene, die wieder eine Monarchie, einen Führer oder die Diktatur des Proletariats einführen möchten. Die Abwehr ungewollter politischer Ziele kann letztendlich nicht durch Spitzeldienste, Ausschlüsse von Ämtern, Fernhalten von sicheren Plätzen auf Wahllisten und Parteiverbote gelingen, sondern nur durch eine Politik, die solche Tendenzen als unattraktiv erscheinen lassen. Ihre Haltung in Bezug auf Frau Löttsch ist also illiberal und antidemokratisch.

Ich schreibe das nicht als einer, der mit dem Kommunismus sympathisiert, sondern als einer, der seit den 50er Jahren politisch aktiv ist – parteipolitisch ab 1967 in der Liberal Sozialen Partei und ab 1968 in der FDP und danach als Gründungsmitglied der Grünen, der mit Vorwürfen von Linken, ich würde ultrarechte Tendenzen vertreten, ins politische Aus gestellt wurde.<sup>2</sup>

---

2 Was die der Personenkreis, zu dem ich gehörte und der den Gründern der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in der Nachkriegszeit zuzurechnen ist, mit der Gründung der grünen Partei bewirken wollte, können Sie in dem von mir formulierten programmatischen Beitrag von 1980 nachlesen:  
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Wir kommen politisch weder weiter, wenn wir in einem primitiven Antikommunismus verharren noch uns in einem bequemen Anti-Neoliberalismus einrichten. Ich sehe im Bundestag keine Partei, die keinen politischen Dreck am Stecken hat. Die Grundbedingungen einer freien, leistungsgerechten und demokratischen Gesellschaft wurden und werden von allen Parteien im Bundestag boykottiert. Im Vereinigungsprozess von DDR und BRD wurde das Grundgesetz verraten und dem vereinten Volk das Verfassungsgebungsrecht verweigert. Wenn wir bedenken was in unserer Republik alles falsch gelaufen ist, dann können wir uns getrost zu den Bananenrepubliken<sup>3</sup> zählen. Und die Selbsteinschätzung, dass wir Deutschen ein Volk der Dichter und Denker sind, dürfen wir getrost der Vergangenheit zu ordnen.

Es gibt ja die Redewendung „Wer im Glashaus sitzt soll nicht mit Steinen werfen!“ Sehr geehrter Herr Willsch, Sie sitzen im Glashaus und sollten daher die Steine liegen lassen. Ihnen dieses bewusst zu machen ist mein heutiges Bemühen. Es gilt aber auch Ihnen und den vielen anderen Mitgliedern des Bundestages Mut zu machen. Die selbst verschuldete Unmündigkeit der MdBs ist keine Falle, aus der es keine Befreiung gibt.

Und wenn ich in mich hinein lausche, habe ich diese Zeilen ohne Abneigung gegen Ihre Person geschrieben, es ist eher die Traurigkeit über die Leistungsverweigerung unseres politischen Systems, die mich antreibt. Vielleicht grämt mich auch die Vorstellung, dass ich eines nicht fernen Tages die Erkenntnis mit ins Grab nehmen muss, dass meine Generation (Ich gehöre zum Jahrgang 1934.) politisch nicht besser und leistungsfähiger waren als die Generation meiner Eltern und Großeltern, die erleben musste, wohin politische Enthaltbarkeit und Verirrung führen kann.

Sie selbst werden sich selber sicher eine Technik angeeignet haben, die es Ihnen ermöglicht, meine Gedanken den Stempel des Bedeutungslosen aufzudrücken und sich ganz unschuldig fragen: “Was kann ich schon machen? Soll ich mich wegen dieses Spinners in die Nessel setzen?” Aber solche Fragesteller haben in der Vergangenheit Machthabern des NS-Regime die Steigbügel gehalten.

Es grüßt Sie

Tristan Abromeit

→ →

---

3 Der Begriff wird sicher von den Staaten, in den Bananen wachsen, zu Recht als diskriminierend empfunden.

N.S. Heute Morgen erreichten mich Weihnachtswünsche eines Freundes aus Österreich, der sich bis heute in seinen alten Tagen in Werken der Nächstenliebe in Österreich und Afrika engagiert. Ich will sie Ihnen als Konfessionsloser nicht vorenthalten:

**> Liebe Freunde der Arbeitsgemeinschaft**

***Fraternität-Hifa- und Inwo-Österreich,***

***zu den Weihnachtsfeiertagen und für Neujahr senden wir die herzlichsten Glückwünsche. Vor allem plädieren wir für eine Einstellung, die durch und durch vom christlichen Weihnachtsfestgedanken durchdrungen ist und im Bewusstsein gelebt wird, dass es dieses Fest gibt, weil vor rund 2.000 Jahren Jesus als kleines Kind auf diese Welt kam, um uns aus dem Schlamassel in dem wir alle stecken, zu erlösen. Das bedeutet auch, dass wir jene, die diese Erlösungsbotschaft nicht glauben können oder wollen, genau so respektieren wie christlich orientierte Menschen.***

**(...)**

***Adolf Paster <***